



Castrop-Rauxel
Europastadt im Grünen

Der Bürgermeister

Bereich Stabsstelle Ratsangelegenheiten
Az:
Datum: 29.11.2018

2018/293
öffentlich

Tischvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	29.11.2018	

Betreff

Resolution des Rates der Stadt Castrop-Rauxel vom 29.11.2018_Solidarität mit den MitarbeiterInnen der Metro-Tochter real,-

Finanzielle Auswirkungen

- ☒ keine haushaltsmäßige Berührung
- ☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt unterstützt die Belegschaft der Metro-Tochter real,- in ihrem Vorgehen gegen den Ausstieg aus dem Tariflohn auf Basis des ver.di-Flächentarifvertrags.

Rajko Kravanja
Bürgermeister

Sachverhalt

Der real-Aufsichtsrat hat gegen die Stimmen der ArbeitnehmerInnenvertreter beschlossen, die real-SB Warenhaus GmbH abzuspalten und die Beschäftigten in die metro-Services GmbH zu überführen. Dieser Beschluss ist der vorerst letzte Schritt eines jahrelangen Umbauprozesses.

Mit der nun beschlossenen Abspaltung setzt sich eine lange Geschichte der angeblichen Rettung auf dem Rücken der Beschäftigten fort. Mehrfach haben die Beschäftigten gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di ihre Unterstützung geleistet und sogar mit einem Sanierungstarifvertrag finanzielle Beiträge geliefert.

Da jegliche bisher getroffenen Unternehmenspläne erfolglos waren, soll nun der Weg der Tariffucht begangen werden. Aktuell gilt bei der metro-Services ein zwischen dem konzerneigenen Arbeitgeberverband AHD und dem höchst umstrittenen Verein DHV (ehemals „Deutschen Handlungsgehilfen-Verband“) vereinbarter „Tarifvertrag“, bei dem die Löhne und Gehälter bereits heute über 24 Prozent unterhalb des ver.di-Flächentarifvertrags für den Einzelhandel liegen.

Sollten Gerichte den DHV als nicht tariffähig ansehen, würde für die Beschäftigten der metro-Services GmbH überhaupt kein Tarifvertrag mehr gelten.

Am Standort Castrop-Rauxel sind 135 regulär beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesen Plänen betroffen. 60 in Castrop-Rauxel lebende Familien leiden unter der bestehenden Ungewissheit, die durch die Pläne der Konzernleitung hervorgerufen wird.

Der Arbeitgeber muss umgehend dazu gebracht werden, einen fairen Tarifvertrag auf Basis der Allgemeinverbindlichkeit abzuschließen.

Der Rat der Stadt spricht seine Solidarität mit den Beschäftigten der real,- aus. Er steht an der Seite der Beschäftigten und sichert Unterstützung im Kampf gegen die Flucht aus dem ordentlichen Tariflohn auf der Basis der Flächentarifverträge zu. Die Tarifbindung an die Flächentarifverträge muss für real,- und bei der Metro Services durchgesetzt werden.